



Niederschrift

über die 29. Sitzung des Stadtrates am Mittwoch, dem 29.02.2012, 17:00 Uhr, im Ratssaal,
Eingang Schillerstraße

Anwesend:

Vorsitzender

Oberbürgermeister Prof. Dr. Helmut Reichling

Stadtvorstand

Bürgermeister Rolf Franzen

Beigeordneter Henno Pirmann

Ratsmitglieder

Dr. Reinhard Bock

Evelyne Cleemann

Hedi Danner

Kurt Dettweiler

Bernhard Düker

Thomas Eckerlein

Christian Gauf

Martin Graßhoff

(ab 19:12 Uhr, TOP I/3)

Thorsten Gries

Günter Hahn

Dr. Walter Hitschler

Ingrid Kaiser

Annegret Kirchner

Hannelore Krauskopf

Uwe Kretzschmar

Jürgen Kroh

Elisabeth Metzger

Stephane Moulin

(ab 18:49 Uhr, TOP I/2)

Volker Neubert

Matthias Nunold

Dr. Wolfgang Ohler

Dr. Norbert Pohlmann

Fritz Presl

Christina Rauch

Josef Reich

29. Sitzung des Stadtrates am 29.02.2012

Walter Rimbrecht
Achim Ruf
Dr. Dietmar Runge
Gertrud Schanne-Raab
Florian Scharfenberger
Richard Scherer
Eckhart Schiller
Andreas Schneider
Dirk Schneider
Peter Schönborn
Dr. Ulrich Schüler
Elke Streuber
Sabine Wilhelm
Kurt Zahler

Protokollführer

Alessa Buchmann

von der Verwaltung

Harald Bohl	(Amt 32)
Heinz Braun	(Amt 10)
Benedikt Burkey	(Amt 14)
Willi Conrad	(Amt 60)
Martin Deller	(Amt 50)
Thomas Deller	(Amt 40)
Harald Ehrmann	(Amt 60)
Dr. Helmut Ertel	(Amt 40, VHS)
Rainer Feß	(Amt 60)
Hans Frenkle	(Amt 60)
Thilo Huble	(Amt 41)
Andreas Hüther	(Ortsvorsteher Oberauerbach)
Herbert Kallenbrunnen	(Personalrat)
Horst Keßler	(Amt 60)
Anne Kraft	(SST Wifö)
Johannes Kuhn	(Amt 11)
Monika Kuppitz	(Gleichstellungsstelle)
Wolfgang Leiner	(Amt 60)
Uwe Seegmüller	(Amt 34)
Holger Seib	(Amt 11)

Gäste

Verbandsgemeindebürgermeister Kurt Pirmann

Abwesend:

Ratsmitglieder

Oliver Reitnauer

29. Sitzung des Stadtrates am 29.02.2012

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Hofenfels-Gymnasium, Sportbereich, Vergabe der Sanitärarbeiten
- 3 Bauleitplanung;
Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes ZW 126/3 "Östlich der Amerikastraße" - Teiländerung 3 im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB
- Änderung des Vorhabenträgers
- Abschluss des Durchführungsvertrages
Vorlage: 60/0665/2012
- 4 Bauleitplanung;
Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans ZW 126/3 "Östlich der Amerikastraße - Teiländerung 3" im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB
- Beratung über das Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit
- Beratung über das Ergebnis der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange
- Satzungsbeschluss
Vorlage: 60/0664/2012
- 5 Theater- u. Konzertspielzeit 2012/2013- (von Oktober 2012 bis April 2013);
Ermächtigung zum Abschluss von Gastspielverträgen
Vorlage: 41/0654/2012
- 6 Festsetzung der Richtlinien und Handlungsanweisungen zur Gewährung von kommunalen Leistungen im Rechtskreis des SGB II durch den vom Grundsicherungsträger neu erstellten "SGB II Bedarfs- und Leistungskatalog" ab 01.04.2012
Vorlage: 50/0670/2012
- 7 Vollzug der Gemeindeordnung; Unterrichtung des Stadtrates gem. § 33 Abs. 2 GemO
Vorlage: 10/0648/2012
- 8 Stadtwerke Zweibrücken GmbH - Abberufung und Entsendung eines neuen Aufsichtsratsmitgliedes in die Wärme-Service Zweibrücken GmbH
Vorlage: 20/0678/2012
- 9 Neubesetzung von Ausschüssen
 1. a) Neubesetzung des Stiftungsrates Landgestüt Zweibrücken
 - b) Neubesetzung des Aufsichtsrates der Stadtwerke Zweibrücken GmbH
 - c) Neubesetzung des Aufsichtsrates der Stadtwerke Zweibrücken Service GmbH
 2. Ergänzung des Sozialausschuss
 3. Ergänzung der Trägerversammlung des JobcentersVorlage: 10/0674/2012
- 10 Vollzug des § 94 Abs. 3 GemO; Annahme von Spenden

29. Sitzung des Stadtrates am 29.02.2012

Vorlage: 10/0667/2012

- 11** Erhöhung des Stadtanteils an den Anliegerbeiträgen beim Ausbau der K 13 (Contwiger Straße) (Antrag des Ortsbeirates Oberauerbach vom 6.02.2012)
Vorlage: 10/0675/2012

- 12** Beschlüsse über Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Stellenplan 2012
a) Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Zweibrücken für das Haushaltsjahr 2012
b) Stellenplan 2012
Vorlage: 20/0681/2012

- 13** Anfragen von Ratsmitgliedern

II. Nichtöffentlicher Teil

29. Sitzung des Stadtrates am 29.02.2012

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr.
Er stellt die Beschlussfähigkeit sowie die form- und fristgerechte Einladung der Mitglieder fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Ratsmitglied Schanne-Raab den Antrag TOP I/12 „Beschlüsse über Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Stellenplan 2012“ direkt nach der Einwohnerfragestunde zu behandeln.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	34
Nein:	0
Enthaltung:	2

An der Abstimmung nahmen 36 Ratsmitglieder teil.

I. Öffentlicher Teil

**Punkt 1: Einwohnerfragestunde
(öffentlich)**

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Hofer, Vorsitzender des Ortskartelles Ernstweiler und verliest die Frage des Ortskartelles mit folgendem Inhalt:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

das Ortskartell Ernstweiler bittet Sie gem. § 21 Abs. 1 MGschO i.V.m. § 14 Abs. 4 GemO um Beantwortung folgender Frage im Rahmen der Einwohnerfragestunde in der Sitzung des Stadtrates am 29.02.2012

Welche öffentlichen Mittel sind im Zeitraum 2002 – 2011 in die einzelnen Stadtteile einschließlich der „City“ geflossen, z.B. für

- a) Planungskosten Neubaugebiete und Erschließungsmaßnahmen***
- b) Renovierungen bzw. Erneuerungen des Ortsbildes***
- c) Anschaffung von Mobilien, Geräten etc.***
- d) Laufende Unterhaltung öffentlicher Gebäude, Anlagen und Einrichtungen***
- e) Jährliche „Ortsteiletats“***
- f) „Ortsteilarbeiter“***
- g) Immobilienerwerb***
- h) Vereinszuschüsse***
- i) Sitzungsgelder für Ortsbeiräte***
- j) Kostenübernahmen für Ortsbeiräte (Strom, Wasser, Heizung, Druckkosten etc.)***
- k) Schulturnhallen bzw. Mitbenutzung Schulturnhallen***
- l) Welche dieser Ausgaben waren aus Sicht der Verwaltung „unabweisbar“***

Mit freundlichen Grüßen

*Heinz Hofer
1. Vorsitzender des OKE*

Der Vorsitzende beantwortet dem Ortskartell die Frage wie folgt:

Gemäß § 21 Absatz 5 Satz 3 Mustergeschäftsordnung kann jeder Einwohner und die nach Maßgabe des § 14 Abs. 3 und 4 GemO gleichgestellten Personen und Personenvereinigungen (=auch Ortskartell) in jeder Einwohnerfragestunde nur jeweils eine Frage stellen.

Beim Fragenkatalog des Ortskartells handelt es sich nicht um eine Frage im Sinne einer Einwohnerfragestunde. Zudem würde die Beantwortung der einzelnen Punkte über einen Zeitraum von 10 Jahren den zeitlichen Rahmen der Einwohnerfragestunde überschreiten.

Bezogen auf das Jahr 2011 können einzelne Fragen beantwortet werden:

e) Der jährliche Etat für die Ortsteile beträgt 5.000,00 € pro Vorort.

f) Die Mittel, die für die Vorortarbeiter geflossen sind, betragen:

29. Sitzung des Stadtrates am 29.02.2012

- Mittelbach:	78.556,48 €
- Oberauerbach:	42.127,68 €
- Wattweiler:	42.963,22 €
- Mörsbach:	36.119,49 €
- Rimschweiler:	61.226,44 €

wobei seitens des Umwelt- und Servicebetriebes Zweibrücken (UBZ) ca. 90% der Kosten erstattet werden.

h) Zu den Vereinszuschüssen ist zu sagen, dass sich diese nicht nach Vorort richten, sondern nur der Verein maßgeblich ist.

i) Es wurden folgende Sitzungsgelder für Sitzungen der Ortsbeiräte ausgezahlt:

- Mittelbach:	460,08 €
- Oberauerbach:	511,20 €
- Wattweiler:	766,80 €
- Mörsbach:	255,60 €
- Rimschweiler:	664,56 €

Alle anderen Punkte können aus den genannten Gründen nicht beantwortet werden.

Es wird keine Zusatzfrage seitens des Ortskartells bzw. dessen Vorsitzenden gewünscht. Die Antwort soll dem Ortskartell zusätzlich schriftlich zugehen.

Verteiler:

Amt 10

Amt 20

Amt 11

29. Sitzung des Stadtrates am 29.02.2012

Punkt 12: **(öffentlich)**

Beschlüsse über Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Stellenplan 2012

a) Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Zweibrücken für das Haushaltsjahr 2012

b) Stellenplan 2012

Vorlage: 20/0681/2012

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Er ist der Meinung, die Stadt könne den Haushalt nicht aus eigener Kraft ausgleichen. Auch die Sparbemühungen durch den Übergang mehrerer Mitarbeiter vom Stadtbauamt zum UBZ hätten aufgrund eines erhöhten Personalbedarfes in der Kinder- und Jugendbetreuung keine großen Auswirkungen gehabt. Die Einwohnerentwicklung der Stadt sehe er jedoch als recht stabil an. Er bittet die Fraktionsvorsitzenden in der Reihenfolge der Fraktionsgröße um ihre Haushaltsreden.

Die Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion, Ratsmitglied Wilhelm, erklärt, sie sei enttäuscht, dass das Defizit des Vorjahres nicht unterschritten wurde. Sie lobt die Vorlage des gesetzlich vorgeschriebenen Vorberichtes in den Haushaltsberatungen, kritisiert aber, dass keine Einsparungen beim Personal gelungen seien und das Personalentwicklungskonzept nach erfolglosen Beratungen nicht mehr aufgetaucht sei. Die Fraktion werde dem Haushalt aber zustimmen.

Ratsmitglied Schiller, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion, kritisiert die finanzielle Ausstattung der Kommunen und sieht die Sozialausgaben als schwerste Hypothek der Stadt an. Er spricht sich erneut gegen den Bau des Bahnhaltdepot am Rosengarten aus und gibt an, die CDU-Fraktion werde dem Haushalt zustimmen.

Die Fraktionsvorsitzende der FDP-Fraktion, Ratsmitglied Kaiser, sieht im vorgelegten Haushalt keinen Sparwillen. Sie spricht sich erneut für eine Budgetierung der Volkshochschule und der Musikschule aus und übt Kritik am vorgelegten Stellenplan. Sie macht den Vorschlag das städtische Freibad zu privatisieren und erklärt, die Fraktion werde den Haushalt ablehnen.

Ratsmitglied Schanne-Raab, Fraktionsvorsitzende der Fraktion Grüne Liste, ist der Meinung, der Haushalt spiegle Perspektivlosigkeit wider. Seit der Einführung der Doppik könne der Stadtrat den Haushalt gar nicht mehr beurteilen. Aufgrund mangelnder Transparenz werde die Fraktion Grüne Liste den Haushalt ablehnen.

Ratsmitglied Dettweiler, FWG-Fraktionsvorsitzender, macht die vorgeschriebenen Zwangsausgaben für die finanzielle Haushaltslage verantwortlich und kritisiert die begrenzten Möglichkeiten den Schuldenrückgang zu beschleunigen. Der Neubau einer Leichenhalle auf dem Friedhof und unnötige Investitionen in die Fußgängerzone könne sich die Stadt nicht leisten. Trotzdem werde die Fraktion dem Haushalt zustimmen.

Der Fraktionsvorsitzende der Fraktion Die Linke, Ratsmitglied Nunold, erklärt, die Fraktion habe um klarzumachen, dass die Stadt kein Geld für unnötige Ausgaben habe, keine Anträge zum Haushalt gestellt. Er bittet den Finanzdezernenten den Ausgaben mehr Aufmerksamkeit zu schenken und eine mittelfristige Finanzplanung zu erstellen. Die Fraktion werde dem Haushalt zustimmen.

29. Sitzung des Stadtrates am 29.02.2012

Ratsmitglied Schiller weist auf den noch nicht entschiedenen Antrag der CDU-Fraktion hin, den Bahnhaltelpunkt am Rosengarten um ein Jahr zu verschieben und nur den Ansatz i.H.v. 20.000,00 € und eine Verpflichtungsermächtigung i.H.v. 90.000,00 € stehen zu lassen.

Ratsmitglied Dr. Hitschler beantragt, die Position wie im Entwurf zu belassen. Dann müsse jedoch eine Einnahmeposition auf der Gegenseite aufgrund des Landeszuschusses i.H.v. 85 % gebildet werden.

Herr Wagner (Kämmerei) gibt an, ohne Bewilligungsbescheid dürfe keine solche Position gebildet werden. Ergehe ein Bescheid, könne aber über einen entsprechenden Nachtrag eine Regelung getroffen werden.

Ratsmitglied Düker sieht in dem CDU-Antrag ein Signal der Hoffnungslosigkeit der Stadt. Er erinnert an den in der Vergangenheit gefassten einstimmigen Beschluss die Planungen aufzunehmen. In der Ratssitzung im Dezember 2010 sei dann der Planungsauftrag für den Neubau beschlossen worden. Der Zuschussantrag sei gestellt und eine entsprechende Bewilligung in Aussicht gestellt worden. Er plädiert dafür, den Ansatz wie notwendig zu reduzieren, aber die Hoffnung nicht aufzugeben. Man könne nicht auf der einen Seite so tun, als fände man den Bahnhaltelpunkt überflüssig, auf der anderen Seite aber eine Verbindung von Zweibrücken nach Homburg fordern.

Bürgermeister Franzen schlägt vor, Ansatz und Verpflichtungsermächtigung wie im Antrag vorgeschlagen, zu ändern. Komme ein Bewilligungsbescheid vor einem Nachtrag, könne man auch eine überplanmäßige Ausgabe leisten. Zudem schlägt er vor, Herrn Schreiner (VRN) erneut in eine Sitzung einzuladen.

Ratsmitglied Dr. Ohler betont, bei einer solchen Ausgabe handle es sich ganz klar um eine freiwillige Leistung, die die Bürger nie gefordert hätten und die Stadt sich nicht leisten könne.

Ratsmitglied Dr. Hitschler sieht in der Ansatzkürzung ein Signal des Rates, dass man den Bahnhaltelpunkt eigentlich nicht wolle.

Der Stadtrat lehnt den Änderungsantrag der CDU-Fraktion mehrheitlich ab.

Abstimmungsergebnis:

17 ja, 21 nein, 0 enth.

An der Abstimmung nahmen 38 Ratsmitglieder teil.

Ratsmitglied Dirk Schneider erinnert an seine Anfrage im letzten Stadtrat zum Thema mögliche Förderung bei der Umrüstung auf LED-Beleuchtung. Die Verwaltung habe geantwortet, Förderanträge seien nicht gestellt, da die Kosten der Maßnahme zu niedrig und damit nicht förderfähig seien. Seit dem 1. Januar 2012 seien die Fördermittel auf nur noch 25 % gesenkt worden. Dennoch appelliert er an die Verwaltung, Fördermittel wahrzunehmen und Sparmöglichkeiten zu nutzen. Auch die Mittel für den Klimaschutzbeauftragten, für den ein Bewilligungsbescheid ergangen sei, sollten abgerufen oder noch vor März zurückgegeben werden.

Ratsmitglied Wilhelm erklärt zum Antrag der SPD-Fraktion zum Haushalt, um Fördermöglichkeiten für die Umrüstung auf LED-Beleuchtung zu erhalten, müsse der Ansatz i.H.v. 30.000,00 € um 10.000,00 € erhöht werden.

29. Sitzung des Stadtrates am 29.02.2012

Um eine Fördermöglichkeit zu haben, stimmt der Stadtrat dem Antrag der SPD **einstimmig** zu.

38 ja, 0 nein, 0 enth.

An der Abstimmung nahmen 38 Ratsmitglieder teil.

Der Stadtrat fasst folgende Beschlüsse

Beschluss:

- a. Dem Stellenplan 2012 in der Fassung 9.02.2012 der Beschlussvorlagennummer 10/0581/2011/1 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	31
Nein:	7
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 38 Ratsmitglieder teil.

- b. Dem Entwurf des Haushaltsplanes der Stadt Zweibrücken für das Haushaltsjahr 2012, einschließlich der aus dieser Stadtratsdrucksache ersichtlichen Fassung, wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	30
Nein:	8
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 38 Ratsmitglieder teil.

- c. Der Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Zweibrücken für das Haushaltsjahr 2012 in der aus dieser Stadtratsdrucksache ersichtlichen Fassung wird als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	31
Nein:	8
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 38 Ratsmitglieder und der Vorsitzende teil.

29. Sitzung des Stadtrates am 29.02.2012

- d. Den Grundsätzen der Deckungsfähigkeit (**Anlage 5**) wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	39
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 38 Ratsmitglieder und der Vorsitzende teil.

Verteiler:

Amt 10
Amt 11
Amt 14
Amt 20
Amt 20.5
Amt 30
Amt 32
Amt 34
Amt 40
Amt 41
Amt 50
Amt 51
Amt 60
SST WiFö

29. Sitzung des Stadtrates am 29.02.2012

Punkt 2: Hofenfels-Gymnasium, Sportbereich, Vergabe der Sanitärarbeiten (öffentlich)

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage und die Tischvorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Der Auftrag soll an die billigstbietende Firma Dirnberger, in 66482 Zweibrücken zum Angebotspreis von 29.023,27 € vergeben werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	31
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 31 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:
Amt 60

Punkt 3:
(öffentlich)

Bauleitplanung;
Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes ZW 126/3
"Östlich der Amerikastraße" - Teiländerung 3 im beschleunigten
Verfahren nach § 13a BauGB
- Änderung des Vorhabenträgers
- Abschluss des Durchführungsvertrages
Vorlage: 60/0665/2012

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage und die Tischvorlagen.

Ratsmitglied Nunold gibt an, die Fraktion Die Linke lehne, aufgrund der Haushaltslage der Stadt, eine Zustimmung zu den Tagesordnungspunkten I/3 und I/4 grundsätzlich ab.

Ratsmitglieder Rimbrecht und Dr. Pohlmann sprechen sich nicht grundsätzlich gegen den Bau, aber gegen die Finanzierung aus. Es handle sich hier um eine freiwillige Leistung. Ratsmitglied Rimbrecht wundert sich zudem, dass dieser Punkt in der Vergangenheit sogar als Dringlichkeitspunkt behandelt wurde.

Ratsmitglied Dr. Hitschler sieht den Vertrag und das Finanzierungsmodell als sinnvoll an und denkt, man solle den Bau voll und ganz unterstützen.

Herr Wagner erklärt, beschließen man den vorhabenbezogenen Bebauungsplan und den Durchführungsvertrag, folge daraus der Erbbaurechtsvertrag. Dieser gestalte sich grundsätzlich wie bei anderen Projekten. Hinzu komme aber die Regelung der Deckelung des Kaufpreises durch den Zeitablauf.

Er informiert den Rat, der vorgelegte Entwurf des Erbbaurechtsvertrages werde auf Anregungen der SPD-Fraktion zusätzlich noch in folgenden Punkten konkretisiert:

1. § 2 Absatz 1: Der Erbbauberechtigte verpflichtet sich, auf dem Erbaugrundstück das in § 1 genannte Bauwerk und bauliche Anlage nach Maßgabe der öffentlich-rechtlichen Bestimmungen und den Festsetzungen des *vorhabenbezogenen Bebauungsplanes ZW 126/3, westlich der Amerikastraße, Teiländerung 3* zu erstellen.
2. § 7 zusätzlicher Satz: *Unberücksichtigt bleiben die gegenüber dem Grundstückseigentümer nicht durch Rechnungen belegte und nicht anerkannte Kosten für die Gesamtinvestitionen nach Ziffer 1.*
3. § 3 Nr. 2: Kommt der Erbbauberechtigte trotz schriftlicher Mahnung dieser Verpflichtung binnen angemessener Frist *von vier Wochen* nicht oder nur ungenügend nach, so ist der Grundstückseigentümer berechtigt, auf Kosten des Erbbauberechtigten für die Versicherung selbst zu sorgen.

(Die genauen Formulierungen werden noch mit dem Notar abgestimmt.)

Der Stadtrat fasst folgenden

Beschluss:

1. Dem Abschluss eines Erbbaurechtsvertrages mit der Kommunalbau Rheinland-Pfalz mbH (KB)/ Projektgesellschaft mit dem Sitz in Mainz zu.
2. Die Entschädigungssumme für die Gesamtinvestition wird auf 1.403.600,00 € festgesetzt.

29. Sitzung des Stadtrates am 29.02.2012

3. Auf die Ausübung der Vorkaufsrechte wird verzichtet.
4. Die Kosten des Rechtsgeschäftes trägt die Kommunalbau GmbH

Abstimmungsergebnis:

Ja:	32
Nein:	7
Enthaltung:	1

An der Abstimmung haben 39 Ratsmitglieder und der Vorsitzende teilgenommen.

Verteiler:

Amt 10

Amt 20

Amt 60

Punkt 4:
(öffentlich)

Bauleitplanung;
Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans ZW 126/3
"Östlich der Amerikastraße - Teiländerung 3" im beschleunigten
Verfahren nach § 13a BauGB
- Beratung über das Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit
- Beratung über das Ergebnis der Beteiligung der Behörden und
sonstiger Träger öffentlicher Belange
- Satzungsbeschluss
Vorlage: 60/0664/2012

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat folgenden

Beschluss:

1. Die Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 13a Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB werden wie in dieser Vorlage unter II. ausgeführt behandelt.
2. Die Stellungnahmen aus der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 13a Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 BauGB § 4 Abs. 2 BauGB werden wie in dieser Vorlage unter II. ausgeführt behandelt.
3. Der Stadtrat billigt den vorhabenbezogenen Bebauungsplans ZW 126/3 „Östlich der Amerikastraße“ – Teiländerung 3, bestehend aus zeichnerischen und textlichen Festsetzungen, der Begründung sowie dem Vorhaben- und Erschließungsplan in der dieser Vorlage beigefügten Fassung und beschließt ihn gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	32
Nein:	7
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 39 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:

Amt 10
Amt 20
Amt 60

29. Sitzung des Stadtrates am 29.02.2012

Punkt 5: **(öffentlich)**

Theater- u. Konzertspielzeit 2012/2013- (von Oktober 2012 bis April 2013);
Ermächtigung zum Abschluss von Gastspielverträgen
Vorlage: 41/0654/2012

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Dem Abschluss von Gastspielverträgen für die Theater- und Konzertspielzeit 2012/2013 bis zu einem Höchstbetrag von 135.000,00 € wird zugestimmt. Die Verwaltung wird ermächtigt, die sich aus den Vertragsabschlüssen ergebenden rechtlichen Verpflichtungen einzugehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	39
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 39 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:
Amt 41

29. Sitzung des Stadtrates am 29.02.2012

Punkt 6: **(öffentlich)**

Festsetzung der Richtlinien und Handlungsanweisungen zur Gewährung von kommunalen Leistungen im Rechtskreis des SGB II durch den vom Grundsicherungsträger neu erstellten "SGB II Bedarfs- und Leistungskatalog" ab 01.04.2012
Vorlage: 50/0670/2012

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ratsmitglied Cleemann lobt den vorgelegten Leistungskatalog.

Ohne weitere Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Der Anwendung des neu erstellten „SGB II- Bedarfs- und Leistungskatalogs“ im Rahmen der Leistungsgewährung im Rechtskreis des SGB II wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	38
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 38 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:
Amt 50

29. Sitzung des Stadtrates am 29.02.2012

Punkt 7:
(öffentlich)

**Vollzug der Gemeindeordnung; Unterrichtung des Stadtrates gem.
§ 33 Abs. 2 GemO
Vorlage: 10/0648/2012**

Ohne Aussprache wird der Stadtrat gemäß der Vorlage über bestehende Verträge unterrichtet.

Zugleich gibt der Vorsitzende dem Rat die Eilentscheidung zur Gewährung eines Darlehens an die Stadtwerke Service GmbH, Zweibrücken i.H.v. 3.000.000,00 € bekannt. Es werden keine Wortmeldungen gewünscht.

Verteiler:
Amt 41
Stadtwerke
Amt 10

29. Sitzung des Stadtrates am 29.02.2012

Punkt 8: **(öffentlich)**

**Stadtwerke Zweibrücken GmbH - Abberufung und Entsendung
eines neuen Aufsichtsratsmitgliedes in die Wärme-Service Zweibrücken GmbH**

Vorlage: 20/0678/2012

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Der Benennung von Herrn Christoph Kahlen, Handlungsbevollmächtigter der Thüga AG, München, in den Aufsichtsrat der Wärme-Service Zweibrücken GmbH wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 35 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:

Amt 10

Stadtwerke

29. Sitzung des Stadtrates am 29.02.2012

Punkt 9: **(öffentlich)**

Neubesetzung von Ausschüssen

1. a) Neubesetzung des Stiftungsrates Landgestüt Zweibrücken

b) Neubesetzung des Aufsichtsrates der Stadtwerke Zweibrücken GmbH

c) Neubesetzung des Aufsichtsrates der Stadtwerke Zweibrücken Service GmbH

2. Ergänzung des Sozialausschuss

3. Ergänzung der Trägerversammlung des Jobcenters

Vorlage: 10/0674/2012

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage und die Tischvorlage.

Einstimmig beschließt der Stadtrat die Wahl nicht in geheimer Wahl durchzuführen und über alle drei Punkte gemeinsam zu beschließen.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat folgenden

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt den Vorschlägen in der Vorlage zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	37
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 37 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:

Amt 10

Amt 20

Amt 50

Stadtwerke

29. Sitzung des Stadtrates am 29.02.2012

Punkt 10: **Vollzug des § 94 Abs. 3 GemO; Annahme von Spenden**
(öffentlich) **Vorlage: 10/0667/2012**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Annahme der Spenden zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	37
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 37 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:

Amt 51

Amt 10

29. Sitzung des Stadtrates am 29.02.2012

Punkt 11: **Erhöhung des Stadtanteils an den Anliegerbeiträgen beim Ausbau
(öffentlich)** **der K 13 (Contwiger Straße) (Antrag des Ortsbeirates Oberauer-
bach vom 6.02.2012)**
Vorlage: 10/0675/2012

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage und die Tischvorlage und erklärt, die Verwaltung vertrete aufgrund der Haushaltslage die Position, dass der städtische Anteil nicht, wie in der Vorlage, erhöht werden sollte.

Ratsmitglied Danner verliert als Mitglied des Ortsbeirates Oberauerbach den Antrag und bittet um erneute Diskussion der Thematik.

Ratsmitglied Kroh gibt an, die CDU-Fraktion habe in der Vergangenheit dem städtischen Anteil i.H.v. nur 35 % zugestimmt. Zu diesem Zeitpunkt sei jedoch nicht bekannt gewesen, dass große Teile aus den Neubaugebieten ebenso einen Vorteil von der Erschließung hätten. Außerdem sehe er im Vergleich zur Klassifizierung anderer Straßen noch zu klärende Unstimmigkeiten. Die Fraktion würde nach den neuen Erkenntnissen einer Erhöhung zustimmen.

Ratsmitglied Dr. Hitschler erklärt, auch er würde einer Erhöhung zustimmen und bittet die Verwaltung dem Rat die Kriterien, nach denen die Stadt solche Klassifizierungen vornehme, dazulegen.

Ratsmitglied Dirk Schneider erinnert, in der Vergangenheit sei der städtische Anteil von 35 % mit einem gleich liegenden Anteil in Contwig begründet worden. Dem Rat seien allerdings Vorgänge zur Vergabe der Beleuchtungseinrichtungen in dieser Straße und die Kostenerhöhung von 3.000,00 € auf 12.000,00 € nicht mitgeteilt worden. Es handle sich hier um einen katastrophalen Verlauf, bei dem jetzt Abhilfe geschaffen werden müsste.

Ratsmitglied Danner beantragt die Verweisung in den Hauptausschuss.

Der Stadtrat verweist diesen Punkt **e i n s t i m m i g** in den Hauptausschuss.

An der Abstimmung nahmen 39 Ratsmitglieder teil.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	39
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 39 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:
Amt 60

Punkt 13: **Anfragen von Ratsmitgliedern**
(öffentlich)

1 **Anfrage von Ratsmitglied Dr. Pohlmann**

Buslinie von Zweibrücken nach Homburg

In der Stadtratssitzung vom 16. Dezember 2009 hatte die Fraktion Grüne Liste den Antrag gestellt, die Stadtverwaltung zu beauftragen, mit der Saar-Pfalz-Bus GmbH Gespräche aufzunehmen. Ziel dieser Gespräche sollte es sein, die Realisierungsmöglichkeit einer Buslinie von Zweibrücken nach Homburg über Mörsbach, Kirrberg und die Unikliniken zu klären. Der Hintergrund waren die damaligen Vorbereitungen zur Erstellung eines neuen Fahrplankonzepts in Homburg. Unser Antrag wurde einstimmig angenommen. Eine Rückmeldung der Verwaltung zur Umsetzung des Auftrages und zu dessen Erfolg gab es seitdem nicht.

In der Sitzung des Mörsbacher Ortsbeirates vom 31. Januar 2012 stellte Ortsvorsteher Rolf Schimmeyer die Einrichtung eines Linientaxis in Aussicht, das im Zweistunden-Abstand zwischen Mörsbach und Kirrberg pendeln könnte. Je nach Nachfrage seien weitere Verbindungen denkbar, hieß es ergänzend in der Presse. Von all dem schien dem Pressesprecher der Homburger Stadtverwaltung allerdings nichts bekannt zu sein.

Vor diesem Hintergrund hätte er gern gewusst:

- Hat die Stadtverwaltung den Beschluss des Stadtrates vom 16. Dezember 2009 umgesetzt?
- Wenn ja: Was war das Ergebnis der Verhandlungen und weshalb wurde es dem Stadtrat nicht mitgeteilt?
- Wenn nein: Weshalb unterblieb die Umsetzung des Stadtratsbeschlusses?
- In welchem Zusammenhang zum damaligen Stadtratsbeschluss steht die aktuelle Ankündigung aus dem Mörsbacher Ortsbeirat zur Prüfung einer Linientaxi-Verbindung?
- Wer hat die Verhandlungen hierzu geführt, wer wird Betreiber des Linientaxis sein und welche Kostenanteile müssen ggf. von den beteiligten Kommunen übernommen werden?
- Wie wird der Fahrplan des Linientaxis auf die Homburger und die Zweibrücker Busfahrpläne abgestimmt und an welche Zielgruppe richtet sich das Angebot?
- Unter welchen Voraussetzungen sieht die Verwaltung Chancen auf die Einrichtung einer regelmäßigen Busverbindung von Zweibrücken nach Homburg über die Fachhochschule, Mörsbach, Kirrberg und die Unikliniken?

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende sichert eine schriftliche Beantwortung der Anfrage zu.

2 **Anfrage von Ratsmitglied Dr. Hitschler**

Probleme bei der Erneuerung des Westpfalzstadions

Er erkundigt sich, ob es zutreffe, dass es bei der Erneuerung des Westpfalzstadions Probleme mit Baufirmen gebe und zwischenzeitlich sogar rechtliche Auseinandersetzungen anhängig seien. Er möchte zudem wissen, worum es hierbei gehe und ob es dadurch zu zeitlichen Verzögerungen bei der Wieder-Inbetriebnahme komme.

29. Sitzung des Stadtrates am 29.02.2012

Antwort der Verwaltung:

Bürgermeister Franzen erklärt, es gebe Probleme mit der ausführenden Firma. Der UBZ und die Verwaltung vertreten jedoch die Meinung, dass man einer irgendwie gearteten Modifizierung in der geplanten Ausführung nicht zustimmen werde. Man sei bereits im Hinblick auf eine saubere, den städtischen Anforderungen entsprechende, Ausführung bereit, eine zeitliche Verzögerung in Kauf zu nehmen.

3 Anfrage von Ratsmitglied Kroh

Feuerwehrhaus Rimschweiler

Er erklärt, die Verzögerung des Baubeginns des neuen Feuerwehrhauses in Rimschweiler führe bei Feuerwehrleuten und Bürgerschaft zu großer Verärgerung. Als Grund für die Verzögerung werde vom Stadtbauamt ein ausstehendes Bodengutachten, das aus haushaltstechnischen Gründen Anfang Februar noch nicht vergeben werden konnte, genannt.

Er möchte wissen:

1. Seit wann ist dem Stadtbauamt bekannt, dass ein Bodengutachten erforderlich ist?
2. Warum wurde das Gutachten nicht schon zu dem Zeitpunkt vergeben, zudem der neue Standort des Feuerwehrhauses feststand?
3. Was versteht die Verwaltung in diesem Zusammenhang unter „haushaltstechnischen Gründen“?
4. Ist das Bodengutachten zwischenzeitlich in Auftrag gegeben worden?
5. Wann ist definitiv mit dem Baubeginn des Feuerwehrhauses zu rechnen?

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende sagt eine schriftliche Beantwortung der Anfrage zu.

4 Anfrage von Ratsmitglied Kaiser

Stundenkontingent der Reinigungskräfte Helmholtz-Gymnasium

Ratsmitglied Kaiser weist auf ein Schreiben von Reinigungskräften mit folgendem Inhalt hin: Sehr geehrte Damen und Herren, wir Putzfrauen aus dem Helmholtz-Gymnasium stehen seit zwei Jahren mit der Stadtverwaltung über unser Stundenkontingent einschließlich der Arbeitsbereiche in Verhandlung. Zum Beispiel wurden Arbeitszeit von dem Kindergarten, der seit ca. 2 ½ Jahren in unserer Schule untergebracht ist, heraus gerechnet, aber keine neue Arbeitzuteilung gestellt. Ähnliches besteht auch in anderen Arbeitsabteilungen, hier kamen neue Räume hinzu, die im Berechnungsplan nicht mit Mehrarbeit berechnet worden sind. Viele Gespräche mit den Herren Wild und Altvater verliefen bisher mit Aussagen, dass die Berechnungspläne noch in Arbeit wären oder sie müssten erst noch dem Stadtrat vorgelegt werden. In diesen Gesprächen wurde diese Problematik immer wieder angesprochen, aber bis zum heutigen Tag wurde keine zufriedenstellende Lösung gefunden. Wir wären dankbar für mehr Interesse und eine baldige Lösung für diese Angelegenheit, damit wir auch weiterhin eine zufriedene Arbeit leisten können.

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende sichert eine schriftliche Beantwortung der Anfrage zu.

5 Anfrage von Ratsmitglied Zahler

Planungsabsichten Gemarkung Rimschweiler

Er verweist auf Kosten im Investitionsplan 2012 für Planungsabsichten in der Gemarkung Rimschweiler im Gebiet am Schmalscheid Richtung Flughafen, in dem ein Industriegebiet vorgesehen sei i.H.v. 250.000,00 € und auf RI 30 in der Plattenannahme, in der ein Baugebiet vorgesehen sei i.H.v. ca. 200.000,00 € hin und möchte wissen, welche Planungsabsichten mittel- und langfristig für diese beiden Planungsgebiete vorhanden sind.

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende sagt eine schriftliche Beantwortung der Anfrage zu.

6 Anfrage von Ratsmitglied Gries

Erneuerung des Westpfalzstadions

Er bittet die Verwaltung, den betreuenden Ingenieur des UBZ bzw. des Stadtbauamtes für dieses Projekt in die Sitzung des nächsten Bauausschusses einzuladen.

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende und der Beigeordnete sagen zu, dies zu tun.

Verteiler:

Amt 10

Amt 40

Amt 60

29. Sitzung des Stadtrates am 29.02.2012

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Anwesenden für die Mitarbeit und schließt die Sitzung um 19:50 Uhr.

Der Vorsitzende

Prof. Dr. Helmut Reichling
Oberbürgermeister

Die Schriftführer

Richard Körner
Oberamtsrat

Alessa Buchmann
Stadtinspektorin